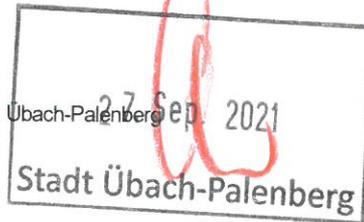


CDU-FDP-Fraktion | Eburonenstraße 20a | 52531 Übach-Palenberg



An den
Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg
Herrn Oliver Walther
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

Ansprechpartner: Gerhard Gudduschat
(Fraktionsvorsitzender)

Telefon: +49 (0)2451 41801
E-Mail: gerhard.gudduschat@cdu-uep.de
Internet: www.cdu-uep.de

Datum: 27.09.2021

Erhalt der Notdienstpraxis im Krankenhaus Geilenkirchen

Vorschlag für die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung nach § 48 GO NRW i.V.m. § 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Übach-Palenberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Walther,

die CDU-FDP-Fraktion im Rat der Stadt Übach-Palenberg bittet um Aufnahme des nachfolgenden Tagesordnungspunktes auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung:

Erhalt der Notdienstpraxis im Krankenhaus Geilenkirchen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung der Stadt Übach-Palenberg wird damit beauftragt, sich nachdrücklich auf allen Ebenen für den Erhalt der Notdienstpraxis im Krankenhaus Geilenkirchen einzusetzen und insbesondere das Gespräch mit dem Landrat Stephan Pusch und der Kassenärztlichen Vereinigung - Gesundheitsmanagementgesellschaft mbH Düsseldorf - sowie der Ärztekammer Nordrhein in dieser Angelegenheit zu suchen.

Begründung:

Die grundsätzliche Struktur der medizinischen Versorgung in Übach-Palenberg und Umgebung hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. Nach wie vor sind alle 3 Notdienstpraxen im Kreis Heinsberg ein wichtiger Pfeiler einer optimalen ärztlichen Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger in einem ländlichen und flächenmäßig sehr großen Bereich.

Gerade Übach-Palenberg, am süd-westlichen Ende des Kreises Heinsberg gelegen, wäre von einer Schließung der Notdienstpraxis im benachbarten Geilenkirchen in besonderem Maße hart getroffen. Bei Wegfall der Praxis in Geilenkirchen wären zukünftig die Einrichtungen in Erkelenz oder Heinsberg anzusteuern, insofern nach Heinsberg mit dem PKW ca. 30 Minuten, nach

Erkelenz 35 Minuten. Die Anbindung über den ÖPNV beträgt im Idealfall nach Heinsberg oder Erkelenz 1:30 Std, ein nicht hinnehmbarer Zustand gerade für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Daher muss sich die Verwaltung auf allen Ebenen dafür einsetzen, den geplanten massiven Einschnitt in die medizinische Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger zu verhindern. Medizinische Versorgung darf nicht nur aus wirtschaftlichen Blickwinkeln betrachtet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Gerhard Gudduschat
(Fraktionsvorsitzender)



Johannes Bröhl
(1. stellv. Fraktionsvorsitzender)